

## 6.4 Transgression: Die Langlebigkeit von *Versicherheitlichungen* im französischen Treuhandgebiet

»[N]ous construirons un Cameroun indépendant et uni dans l'amour fraternel, dans le travail, dans la paix et dans le calme.«

(La Presse du Cameroun 23.4.1958)<sup>113</sup>

»Ahidjo, Um Nyobé, Ouandié, Moumié et autres [...] bientôt réhabilités? Une session extraordinaire convoquée pour cet après-midi.«

(La Presse du Cameroun 5.12.1991)<sup>114</sup>

In der kamerunischen Transition zur Unabhängigkeit etablierten sich im französischen Teilgebiet vier Sicherheitsnarrative, die politische Wirkmächtigkeit entfalteten. In diesem Kapitel werde ich nachzeichnen, auf welche Weise diese Narrative im postkolonialen Staat nachwirkten und sich damit als *Grammatik der Sicherheit* institutionalisierten. Diese nachwirkenden Effekte erkläre ich mithilfe einer *postkolonial-informierten Versicherheitlichungsperspektive*, um herauszuarbeiten inwiefern die *Grammatik der Sicherheit* Einfluss auf aktuelle Konfliktlinien und politische Prozesse hat(te). Damit zeige ich, dass *Versicherheitlichungen* eine ganz eigene Zeitlichkeit entfalten und einen historischen Resonanzboden für aktuelle Konflikte bilden können. Um diese Kontinuität in der Verlaufsperspektive untersuchen zu können, werde ich zunächst das Konzept eines historisierten und postkolonialen *Versicherheitlichungssprechaktes* vorstellen (6.4.1.). Empirisch werde ich dies anhand der Zeiträume unmittelbar nach der Unabhängigkeit im Jahr 1960 (6.4.2), des Machtwechsels von Ahidjo zu Biya um 1982 (6.4.3) sowie der 1990er Jahre (6.4.4) illustrieren. Mithilfe einer mit Sekundärliteratur kontextualisierten Inhaltsanalyse von Reden und Zeitungen – darunter die regierungsnahen Tageszeitung *Cameroon Tribune* sowie regierungskritische Zeitungen wie *Le Messenger* – werde ich zeigen, dass im postkolonialen System öffentlich auf die (zuvor analysierten) Narrative der Unabhängigkeitszeit rekurriert wurde. Diese Analyse richtet sich daher in erster Linie, wie bei *Versicherheitlichungsanalysen* üblich, auf die *öffentliche* Darstellung und Präsentation der Narrative und nicht darauf, Aussagen darüber zu treffen, welche Intentionali-

113 Übersetzung: »[W]ir werden ein unabhängiges und vereinigtes Kamerun in brüderlicher Liebe, in Arbeit, Frieden und Ruhe aufbauen.«

114 Übersetzung: »Ahidjo, Um Nyobé, Ouandié, Moumié und andere [...] bald rehabilitiert? Eine Sondersitzung für diesen Nachmittag einberufen.«

tät die Akteure verfolgen oder wie sich diese Narrative gesellschaftlich diffundiert haben könnten.

#### 6.4.1 Konzeptualisierungen: *Versicherheitlichung* in der Verlaufsperspektive

In den Kapiteln 6.1. bis 6.3. habe ich Konzepte der *Versicherheitlichung* mit postkolonialen Theorien verbunden, um spezifische empirische Situationen zu entschlüsseln. Aufbauend auf dem Konzept des Sicherheitssprechaktes will ich nun auf die Dauerhaftigkeit von *Versicherheitlichungsakten* sowie die Dynamiken um Entsicherheitlichung eingehen, um zu zeigen, wie sich die *Grammatik der Sicherheit* im postkolonialen Staat institutionalisierte.

##### Dynamiken um Entsicherheitlichung

Das Sprechen von Sicherheit markiert in der Perspektive der Kopenhagener Schule stets den Bruch mit den herrschenden (demokratischen) Regeln. Buzan et al. argumentieren, dass ein Entsicherheitlichungsprozess politisch erstrebenswert sei, da *Versicherheitlichungen* und die damit einhergehende Politisierung der jeweiligen Situation stets ein Scheitern der routinisierten Abläufe eines politischen Systems bedeuten würden – »since it means not to have issues phrased as ›threats against which we have countermeasures‹ but to move them out of this threat-defense sequence and into ordinary public sphere« (Buzan et al., 1998, p. 29).

Entsicherheitlichung kann, ebenso wie *Versicherheitlichung*, als gradueller Prozess beschrieben werden, in dem vormalis konstruierte Sicherheitsbedrohungen an Bedeutung verlieren. Hansen (2012) beschreibt die Entsicherheitlichung als *konzeptionellen Zwilling* (Hansen 2012, p. 526), der einen Übergang vom Ausnahmezustand in den normalen politischen Aushandlungsprozess bezeichnet. Akteure können aber auch strategisch *entsicherheitlichen*; das ist dann der Fall, wenn sie Themen gezielt von der Agenda zu nehmen versuchen, um zu signalisieren, dass Stabilität wiederhergestellt und die Lage unter Kontrolle sei. Gemeinsam ist Entsicherheitlichungen, dass einstmals konstruierte Bedrohungen nicht mehr thematisiert werden und dass sie nicht mehr Teil der politischen Agenda zwingend erforderlicher Maßnahmen sind. Forscher\_innen füllen das Konzept der Entsicherheitlichung unter Hinzuziehung verschiedener Theorien des Politischen (Hansen, 2012, p. 527). Floyd (2010) unterscheidet konzeptionell zwischen zwei gegensätzlichen Dynamiken: Entsicherheitlichung als *Politisierung*, bei der ein Thema trotz Entsicherheitlichung auf der politischen Agenda verbleibt (1); Entsicherheitlichung als *Depolitisierung*, bei der das Thema von der politischen Agenda verschwindet (2) (Floyd, 2010, p. 58). Auch weil bei Hansen Entsicherheitlichung differenzierter gefasst wird, erschien mir für meinen Forschungsfokus ihre Konzeptualisierung als passender:

»*Change through stabilisation* is when an issue is cast in terms other than security, but where the larger conflict still looms; *replacement* is when an issue is removed from the securitised, while another securitisation takes its place; *rearticulation* is when an issue is moved from the securitised to the politicised due to a resolution of the threats and dangers, that underpinned the original securitisation; and *silencing* is when desecuritisation takes the form of a depoliticisation, which marginalises potentially insecure subjects« (Hansen, 2012, p. 529) (Hervorhebung M.K.).

Diese vier Modi von Entsicherheitlichungen waren für meine Analyse hilfreich, um nachwirkende Langzeiteffekte erfassen und Sicherheit in Kamerun historisieren zu können: Viele der politischen Maßnahmen im französischen *Statebuilding*-Prozess in Kamerun waren zwar öffentlich auf Entsicherheitlichung gerichtet, das heißt auf die neu zu schaffende Staatlichkeit. Ausgeführt wurden diese Maßnahmen jedoch in einer versicherheitlichten Form, sodass bestimmte Themen und Akteure mit einer besonderen Sicherheitsdringlichkeit versehen wurden. Der Eskalationsmodus hing dabei von der jeweiligen Akteurskonstellation ab (siehe Kapitel 6.1.–6.3.). So wurden die öffentliche Ordnung und die zukünftige Staatlichkeit als bedroht dargestellt, während sich die Akteure zugleich darum bemühten, Stabilität zu verkörpern und sich selbst als fähig zu präsentieren, den öffentlichen Raum zu kontrollieren und Sicherheit zu gewährleisten. Im postkolonialen Staat erfuhren diese Sicherheitskonstruktionen als *Grammatik der Sicherheit* eine Fortführung der Entsicherheitlichung, und zwar in dreierlei Modi (Hansen, 2012), wie es sich empirisch zeigt: Erstens wurden die Narrative des starken Staates sowie das Verhältnis zwischen Opposition und Staat nicht mehr nur über Sicherheit verhandelt – staatliche Eliten entsicherheitlichten im Modus *change through stabilisation*. Zweitens ging der postkoloniale Staat aktiv gegen jegliche oppositionelle Tätigkeit vor und versuchte die Erinnerung an die UPC zu unterdrücken – betrieb also *silencing*. Drittens kann eine Verlagerung, *rearticulation*, der Konfliktlinien im postkolonialen Staat beobachtet werden; sie zeigte sich insbesondere im *anglophonen Konflikt* – bei der Integration der anglophonen Minderheit in das politische System –, die seit der Treuhandzeit und bis heute die politischen Konflikte und Sicherheitslagen in Kamerun prägt. Diese verschiedenen Modi von Entsicherheitlichung(-versuchen) werde ich im Folgenden empirisch illustrieren. Zuvor jedoch möchte ich eine Verlaufsperspektive auf *Versicherheitlichungen* vorstellen.

#### Eine Verlaufsperspektive auf Versicherheitlichung

Arbeiten der *kritischen Sicherheitsforschung* interessieren sich für die soziale Konstruktion von Sicherheit und zeigen diesbezügliche Veränderungs- und Wandlungsprozesse auf. Innerhalb dieses weiten Interessenfeldes befassen sich *Versicherheitlichungsansätze* spezifischer mit der Sedimentierung gesellschaftlicher Struktu-

ren, die durch fortwährende Wiederholung stabil werden (Buzan et al., 1998, p. 35); diesen Ansätzen geht es um das Verständnis von Sicherheitsdynamiken. Dabei erkennen sie pluralistische Akteurskonstellationen an, davon ausgehend, dass sich nämlich erst im Nachhinein analytisch feststellen lässt, wer ausreichend Legitimität besitzt, um einen *Versicherheitslichungsakt* zu etablieren und gesellschaftliche Bedrohungen zu definieren: »We cannot predict who will voice the ›societal security‹ concerns, we can only see afterwards how much legitimacy an actor does have when trying to speak on behalf of society« (Wæver, 1993, p. 88). Insofern stellt sich nicht nur die Forschungsfrage, welches nationale Narrativ hegemonial wird, sondern auch, inwieweit verschiedene Akteure das entsprechende Narrativ auf unterschiedliche Weise bedienen, um Politiken und Sicherheitspraktiken zu legitimieren. Jüngere Arbeiten der *kritischen Sicherheitsforschung* stellen daher die Bedeutung der Historisierung von Sicherheit heraus (Buzan and Lawson, 2015; Conze, 2012; Guzzini and Jung, 2003). Bereits in ihrem ersten Buch haben Buzan et al. auf die Bedeutung internationaler Langzeitprozesse wie der Dekolonisierung verwiesen:

»But one does not have to look far back in history (or perhaps far ahead into the future) to find it accepted as normal that both states and peoples should regard each other in hierarchical terms, as superior and subordinate. In historical terms, the decades since the end of World War II represent a sharp break with historical practice. Decolonization made it necessary, at least for a time to accept all states as legal equals and all peoples as equally human« (Buzan et al., 1998, p. 60).

Buzan et al. gehen davon aus, dass die allgemeine Geltung der Menschenrechte zunächst einmal bedeutet, dass die Staaten grundsätzlich gleichberechtigt sind. Offen bleibe jedoch folgende Frage: Werden die neu entstandenen postkolonialen Staaten als fähig angesehen, sich selbst zu regieren, und wird ihr Status als gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gesellschaft akzeptiert? Damit betonen Buzan et al., im Rahmen ihres Theoriegebäudes, die Ambivalenz zwischen formeller, völkerrechtlicher Gleichstellung einerseits, performatorischer Hierarchisierung innerhalb der Praxis der internationalen Ordnung andererseits. Übertragen auf Kamerun zeigt sich diese Ambivalenz im Auseinanderfallen des formalen Status als Treuhandgebiet und der tatsächlichen Praxis, die eher einer Kolonialadministration glich. Um diese Ambivalenz empirisch herausarbeiten zu können, gilt es, den spezifischen Kontext zu berücksichtigen sowie unterschiedliche Erfahrungen einzubeziehen. Im Kapitel 6.1. bin ich auf die Kontextbedingungen von *Versicherheitslichungen* und auf die begünstigenden Bedingungen (*facilitating conditions*) für die Akzeptanz von Sicherheitssprechakten eingegangen<sup>115</sup>, die wichtig sind für

115 Diese förderlichen Bedingungen sind: die Grammatik bzw. das Skript der Sicherheit (1), das soziale Kapital des\_r Sprechenden (2), die Bedingungen, die an die Bedrohung geknüpft (3) sind sowie das *Sicherheitspublikum* (4).

*Langzeitversicherheitlichungen*. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass *Versicherheitlichung* kein schematischer, eindimensionaler und linearer Akt ist – ich verstehe *Versicherheitlichung* vielmehr als eine Dynamik, die in der Verlaufsperspektive zu betrachten ist. So kann ein Sprechakt einen neuen Resonanzboden entwickeln, ist also nicht ausschließlich an den einstigen Kontext gebunden (Stritzel, 2007). Die politische Wirkmächtigkeit der untersuchten *Versicherheitlichungsdynamik* zeigt sich in Kamerun in Form der *Grammatik der Sicherheit* bis in die Gegenwart, auch wenn die untersuchten Phänomene weit in der Vergangenheit liegen. Für meine Untersuchung relevant waren außerdem die Fragen, ab wann ein *Versicherheitlichungsakt* als akzeptiert gelten kann, wann eine Entsicherheitlichung als abgeschlossen konstruiert wird, und wann der empirische Beobachtungszeitraum der Nachwirkungen beginnt. Bezüglich der Politisierung historischer Ereignisse argumentiert Jutila (2015), dass die nationale Geschichte häufig von Sicherheitsakteuren genutzt wird, um eine nationale Identität zu konstruieren. Dabei werden aktuelle politische Situationen und ihre Zwänge mit historischen Narrativen unterlegt, mit denen wiederum die eigenen Positionierungen und das eigenes Sicherheitshandeln begründet werden. So können Sicherheitssprechakte als aktivierbarer Resonanzraum genutzt werden, um mit direkten oder indirekten Verweisen darauf einen Bezug und historische Einbettung zu konstruieren. Übertragen auf Kamerun bedeutet das, dass bereits vor dem eigentlichen Sicherheitssprechakt diskursiv der Resonanzboden gebildet worden war, auf dem spätere Sicherheitssprechakte Halt finden konnten. Snetkov (2017) hält fest, dass es bisher nur wenige Langzeitperspektiven auf *Versicherheitlichungen* gibt:

»Little empirical work has been conducted on the way in which securitizations, initially constructed across multiple spatially bounded referent objects, subsequently evolved over the full life cycle of (de)securitization processes and the political effect this has had on security politics« (Snetkov, 2017, p. 260).

Sie untersucht einen solchen *vollen Lebenszyklus* am Beispiel des offiziellen russischen Diskurses über Tschetschenien; dabei nimmt sie Bezug auf Hansens (2012; s.o.) Modi-Typologie der Entsicherheitlichung. Snetkov versteht Sicherheitsphänomene nicht als vereinzelte, in sich abgeschlossene Akte, sondern als gleichzeitige Prozesse, die Teil einer größeren Dynamik sind und daher erst in einer langen Verlaufsperspektive sichtbar werden (Snetkov, 2017, p. 262).

Ich möchte argumentieren, dass für eine Verlaufsperspektive auch Strukturzwänge und Makro-Narrative einbezogen werden müssen, die sich auf den jeweiligen *Versicherheitlichungsprozess* auswirken können. So kann nicht jede Art von *Versicherheitlichung* in jedem Kontext passieren, sondern ist jeweils an ein bestimmtes System (Medien, politische Abläufe, formale Regeln) gebunden; wie bspw. ein *Versicherheitlichungsprozess* in einem autoritären oder demokratischen Regime sich auch von anderen Prozessen unterscheiden kann. Solche systemi-

schen Faktoren, wie etwa politisches System, können sich über einen langen Zeitraum natürlich auch verändern, ebenso kann es zu einer Verschiebung von *Versicherheitlichungsmustern* und sozialen Lernprozessen kommen (siehe dazu Kapitel 6.2.). Für meine eigene Untersuchung folgt aus diesen Überlegungen eine spezifische Forschungsperspektive: eine kontextorientierte Verlaufsperspektive, die unterschiedliche Sicherheitserfahrungen einbezieht, Sicherheit historisiert und auf diese Weise Wandlungs- und Umbruchsituationen sichtbar machen kann. Übertragen auf Kamerun bedingt dieses Vorhaben eine Einbeziehung des Kontextes von Dekolonisierungsprozessen. Um innerhalb dieser Prozesse auf Zeitlichkeit und Kontinuität eingehen zu können, nutze postkoloniale Konzepte, worauf ich nachfolgend eingehen werde.

#### Zeitlichkeit in postkolonialen Theorien

In der postkolonialen Theorie wird zwischen *colonialism* und *coloniality* (Mignolo, 2005) unterschieden. Während Kolonialismus (*colonialism*) die koloniale Dominanz der europäischen Mächte mittels direkter oder indirekter Herrschaft umschreibt, bezieht sich Kolonialität (*coloniality*) auf die darunterliegenden politischen, ökonomischen, sozialen und auch epistemischen Strukturen, die den Kolonialismus bis heute überlebt haben. In diesem Sinne waren die Kapitel 6.1., 6.2. und 6.3. der Untersuchung kolonialer Herrschaftsmuster in Kamerun gewidmet, während ich in Kapitel 6.4. nun eine Verlaufsperspektive auf Kolonialität und die Fortführung spezifischer politischer und ökonomischer Strukturen einnehme. Auf die Kontinuität kolonialer Muster und Strukturen verweisen Mbembe (2001) und Mamdani (1996). Ihre Arbeiten basieren auf der Idee des *inneren Kolonialismus*, den bereits Fanon ([1961] 1981) adressierte: Der *innere Kolonialismus* schaffe Formen der Einschreibung, Übertragung sowie der Übertragbarkeit kolonialer Macht- und Handlungsmuster, die auch in postkoloniale Realitäten eine Rolle spielen. Dabei wird gerade nicht von einfachen Reproduktionen und Kontinuitäten ausgegangen, sondern von komplexen transgressiven Übergängen (Conrad and Randeria, 2002, p. 12). Postkoloniale Theorien verweisen auf solche Formen der Machtfixierung und der Herstellung von Differenz, die als koloniale Kontinuitäten – im Sinne einer *longue durée* – fortgeführt werden. Somit befassen sich postkoloniale Arbeiten nicht nur mit den Effekten des Kolonialismus, sondern auch mit möglichen Re- oder Neokolonisierungen. So sind in zeitgenössische Herrschaftsverhältnisse koloniale Strukturen und Muster eingeschrieben, wie bspw. Eriksson Baaz (2005) anhand europäischer NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit untersuchte. Sie zeigt, wie die Selbst- und Fremdzuschreibung internationaler Akteure durch koloniale Strukturen und Muster überlagert und deformiert werden. Folglich lassen sich postkoloniale Strukturen auch nicht zeitlich oder räumlich klar abgetrennt – damals oder heute, Zentrum oder Peripherie? – untersuchen, sondern sie sind als transnationa-

le und transkulturelle Prozesse zu verstehen, die von Überlappungen, Auslassungen und Hybridisierung geprägt sind. Eine postkoloniale Sichtweise gewährt damit Einblicke in herrschaftslogische Prozesse, die in die Zeit der Unabhängigkeit der Staaten hinein reichen und sich institutionalisieren. Damit kann eine postkoloniale Perspektive zeigen, wie die Sicherheitskonstruktionen der Treuhandzeit als Marker für Wandel in der postkolonialen Gegenwart Kameruns genutzt werden. Weiterhin kann untersucht werden, wie der tatsächliche Übergang von einer kolonialen zu einer postkolonialen Gesellschaft im nationalen Narrativ konstruiert wird und wie daraus Legitimitätsvorteile für verschiedene Akteure generiert werden: Mit der Betrachtung von Sicherheitssprechakten und den genutzten historisierenden Rückgriffen und Verweisen kann ermittelt werden, welche Narrative genutzt werden, um politisches Handeln zu legitimieren. Welchen Platz nimmt die historische Erfahrung der Treuhandzeit in nationalen Diskursen ein? Im Folgenden nutzte ich die von mir ermittelten Narrative, die in der Transitionszeit geprägt wurden, um Kontinuitäten im postkolonialen Staat sichtbar zu machen.

#### 6.4.2 Transition zum postkolonialen Staat Kamerun (1958 – 1980)

Ab 1958 wurde – trotz Bestehen der militärischen Sondereinsatzzone ZOPAC in Sanaga-Maritime und weiteren Gewaltvorkommnissen – der Weg Kameruns in die Unabhängigkeit vorbereitet. Der damalige Premierminister Andre-Marie Mbida vertrat in der verwaltungsnahen Tageszeitung *La Presse du Cameroun* eine sehr aktionistische und konsequente Haltung gegenüber der UPC und ihren Demonstrationen.<sup>116</sup> Bereits 1957 wurde die Partei auch im britischen verwalteten Gebiet illegalsiert (Torrent, 2012, p. 19). Mbida verstärkte die Konstruktion der Gewalthaftigkeit der UPC und brachte die Unsicherheit Kameruns weiterhin mit den Aktivitäten der UPC als gewalttätiger Oppositionspartei, die kommunistische Ideen verfolge, in Verbindung. Gleichzeitig beanspruchte Mbida die Rolle eines Transitionspolitikers, der die kommende Unabhängigkeitssituation in Kamerun vorbereite.<sup>117</sup> Nach Mbidas Absetzung im Februar 1958<sup>118</sup> wurde Amadou Ahidjo als Premierminister

116 Hierzu folgendes Zitat: »Je suis fermement décidé à recourir à tous les moyens légaux pour réduire la rébellion upéciste« (*La Presse du Cameroun* 17.12.1957). Übersetzung: »Ich bin fest entschlossen, alle rechtlichen Mittel zu nutzen, um die upécistische Rebellion zu verkleinern.«

117 Hierzu: »L'indépendance classique est démodée et irréalisable dans le monde modern [...]« (*La Presse du Cameroun* 8.1.1958). Übersetzung: »Die traditionelle Unabhängigkeit ist veraltet und unpraktisch in der modernen Welt [...]«.

118 Levine (1964) berichtet von mangelnder persönlicher Sympathie zwischen Mbida und dem Minister der *Départements d'outre Mer* sowie von Unstimmigkeiten zwischen Hochkommissar Ramadier und Mbida, ferner vom Bestreben der französischen Verwaltung, einen »schwachen« Präsidenten einzusetzen. Diese Aspekte werden als Gründe für den Machtwechsel angegeben (LeVine, 1964, p. 166).



eingesetzt. Im Jahr 1959 fand unter der Leitung des neuen Premierministers die Debatte um die Zukunft Kameruns im UN-Treuhandrat statt. Das Gremium drückte seine Zufriedenheit über die bisherigen Entwicklung aus<sup>119</sup>, ordnete aber keine Neuwahlen an, was die UPC nebst anderen oppositionellen Gruppen enttäuschte. Denn so blieben die politischen Mehrheitsverhältnisse der letzten kamerunischen Wahl von 1956 entscheidend; die UPC hatte damals eine Boykottstrategie verfolgt und war auch deshalb nicht in den Parlamenten vertreten. Die Übergangsregierung bereitete nun den Weg in die Unabhängigkeit in enger Kooperation mit Frankreich vor.<sup>120</sup> Als das Ende der kamerunischen Treuhandzeit näher rückte, erregte das Land erneut die internationale mediale Aufmerksamkeit durch Gewaltvorkommnisse zwischen oppositioneller UPC und Sicherheitskräften («9 Rebels Die in Cameroon Night Battle», New York Herald Tribune, 20.2.1959, ANOM DPCT 2). Zwischen September und Oktober 1959 ging, laut Michel, *die Region in Flammen auf*. Er beschreibt die Situation folgendermaßen:

»Attentats, enlèvements, saccages se succèdent alors sans arrêt visant tout ce qui représente l'autorité, les chefs, les commissariats, mais aussi les simples villageois et les missionnaires; particulièrement dramatique est l'assassinat d'un père et d'un frère de la mission de Bafang en décembre 1959. La violence culmine alors«<sup>121</sup> (Michel, 1999, p. 252).

Die UPC wurde bekämpft, die ökonomische Situation war aufgrund der Gewaltwellen unsicher (LeVine, 1964, p. 184; Michel, 1999). Gleichzeitig wurde in den von mir gesichteten Zeitungen das Bild vermittelt, dass Kontrolle und Stabilität sichergestellt seien (*La Presse du Cameroun* 25.3.1958). Auch in der anhaltend gewaltvollen Atmosphäre bekannte sich die UPC zu den Grundsätzen der UN; sie machte aber gleichzeitig auf neokoloniale Strukturen in der Transitionszeit aufmerksam, worin die Partei eine Bedrohung sah. Diese Bedrohlichkeit wurde ab 1957 verstärkt kommuniziert: »Tous ce faits n'attestent-ils pas avec éclat la continuation du régime colonial sous le masque de l'indépendance?« (Felix Moumié, Neocolonialisme,

119 Hierzu: »Le Conseil de Tutelle exprime sa satisfaction devant le progrès accomplis au Cameroun« (*La Presse du Cameroun* 22./23.3.1958). Übersetzung: »Der Treuhandrat bekundet seine Zufriedenheit über die Fortschritte in Kamerun.«

120 Hierzu: »L'ALCAM s'est nettement engagée dans la voie de l'indépendance de la réunification et de l'Association avec la France« (*La Presse du Cameroun* 14./15.6.1958). Übersetzung: »Die ALCAM hat sich auf dem Weg der Unabhängigkeit und der Wiedervereinigung eindeutig der Vereinigung mit Frankreich verpflichtet.«

121 Übersetzung: »Ohne Unterlass Bombardierungen, Entführungen, dann Plünderungen gegen alles, was Autorität, Chefs, Polizeistationen repräsentiert, aber auch gegen einfache Dorfbewohner und Missionare; besonders dramatisch ist der Mord an einem Vater und einem Bruder der Bafang-Mission im Dezember 1959. Die Gewalt erreicht also ihren Höhepunkt.«



ADSS Bte 31).<sup>122</sup> Moumié verband seine Warnung vor einer neokolonialen Zukunft damit, die nationale Einheit (*l'unité*) zu betonen, die nur mit der UPC möglich sei (*La Voix du Kamerun* Oktober 1961). Mit dem Stichwort der *Balkanisierung* warnte die UPC vor der Gefahr einer Vereinzelung des antikolonialen Kampfes und stellte die Bedeutung von dessen *Einheit* und die eigene Repräsentationsfähigkeit heraus:

»C'est ainsi que malgré la lutte héroïque de nos peuples, l'Afrique reste balkanisée: Les impérialistes réussissent non seulement à multiplier les voix qui leur sont favorables dans les organisations internationales, mais encore à utiliser les Africains contre leurs peuples et les peuples frères. Voilà pourquoi nous restons pauvres et faibles. Le Kamerun fournit un exemple *typique d'un régime néo-colonialiste*. Aussi devons-nous tout spécialement nous pencher sur l'expérience kamerunaise, car elle revêt une portée réellement africaine et mondiale«<sup>123</sup> (*La Voix du Kamerun*, Oktober 1961, ADSS Bte 31).<sup>124</sup> (Hervorhebung M.K.)

In den Augen der UPC war Kamerun ein typisches Beispiel für ein neokoloniales Regime: Die praktizierten Unabhängigkeitsbemühungen seit 1957 stelle keine tatsächliche Unabhängigkeit dar, vielmehr werde zum Zwecke einer vermeintlichen Stabilität der Status quo erhalten, Imperialismus und Kolonialismus lebten fort:

122 Übersetzung: »All diese Fakten – bezeugen sie nicht mit Nachdruck die Fortsetzung des Kolonialregimes unter der Maske der Unabhängigkeit?«

123 Weiter heißt es im Text: »Depuis plus de douze ans, le peuple kamerunais, mène sous la direction de l'UPC, une lutte implacable pour l'indépendance véritable et l'unité nationale. Pour étouffer ses aspirations, les impérialistes ont essayé toutes les méthodes: corruption, emprisonnements, assassinats et massacres, puis la dissolution du mouvement national. Mais toujours en vain! C'est alors que le gouvernement français s'est avisé à reconnaître l'indépendance du Kamerun, mais dans des conditions telles que les colonialistes continuent à exploiter notre peuple tout au moins autant qu'auparavant.« Übersetzung: »Seit mehr als zwölf Jahren führt das kamerunische Volk, unter der Führung der UPC, einen erbarmungslosen Kampf um die wahrhaftige Unabhängigkeit und die nationale Einheit. Um die Sehnsüchte zu ersticken, haben die Imperialisten alle Methoden ausprobiert: Korruption, Inhaftierungen, Morde und Massaker, schließlich die Auflösung der Nationalbewegung. Aber noch immer vergeblich! Nun also beabsichtigt französische Regierung, die Unabhängigkeit Kameruns anzuerkennen, aber zu Konditionen, unter denen die Kolonialisten unser Volk weiterhin, mindestens so sehr wie zuvor, ausbeuten werden.«

124 Übersetzung Hauptzitat: »So kommt es, dass Afrika trotz des heldenhaften Kampfes unserer Völker balkanisiert bleibt: Es gelingt den Imperialisten nicht nur, die Ihnen gut gesonnenen Stimmen in den internationalen Organisationen zu vermehren, sondern auch, die Afrikaner gegen ihre Völker und ihre Brüdervölker zu benutzen. Das ist der Grund, warum wir arm und schwach bleiben. Kamerun liefert ein typisches Beispiel eines neokolonialistischen Regimes. Auch müssen wir uns speziell der kamerunischen Erfahrung zuwenden, denn darunter verbirgt sich eine wirklich afrikanische und weltweite Reichweite.«

»Le Kamerun est un territoire sous tutelle des Nations Unies et son accession à l'indépendance aurait dû normalement se réaliser en parfaite harmonie avec les buts fondamentaux assignés par la Charte à l'organisation internationale, notamment dans le domaine du maintien de la paix et de la sécurité du monde. [...] Notre position est claire et nette: l'indépendance actuelle ne répond nullement aux objectifs poursuivis par l'UPC dès sa naissance. A partir du 1er janvier prochain, le Kamerun jouira d'une indépendance nominale [...]»(Fait à Conakry le 29 Decembre 1959, Felix-Roland Moumié, Ernest Ouandié, Kingué Abel, abgedruckt in: *La Voix du Kamerun*, XII 1960 – I 1961, ADSS Bte 31).<sup>125</sup>

Aus diesen Gründen forderte die UPC eine tatsächliche strukturell-tiefgreifende Unabhängigkeit, die Wiederherstellung demokratischer Prinzipien, außerdem, dass die Bauern ihr Land zurückbekämen und sich das Wohlbefinden der Arbeiter verbessere (*La Voix du Kamerun*, XII 1960 – I 1961, ADSS Bte 31). Diese Forderungen verweisen nicht nur auf die sozialistische Grundorientierung der Partei, sondern decken sich auch mit wesentlichen Argumenten Fanons ([1961] 1981, p. 92).<sup>126</sup> Der Weg in die Unabhängigkeit wurde in der Parteizeitung der UPC als melancholisch und angespannt beschrieben: »Un climat de tension et de mélancolie: Les dirigeants de l'UPC et tous les patriotes savaient que la proclamation de l'indépendance constituerait une simple farce. Ainsi ont-ils ordonné un boycott

125 Weiter: »Loin d'être un instrument indispensable au plein épanouissement du peuple, elle sera au contraire le carcan au moyen duquel les agents du colonialisme et de l'impérialisme continueront à le tenir prisonnier dans son propre pays. Ce peuple continuera à aller nu et à mourir de faim dans un pays qui regorge de ressources économiques considérables. L'analphabétisme persistera. Or une fois l'indépendance acquise, l'UPC entendait s'atteler aussitôt à la gigantesque tâche devant permettre l'élévation du standard de vie des populations, artisans même de l'indépendance.« Gesamte Übersetzung: »Kamerun ist ein Treuhandgebiet der Vereinten Nationen, und seine Erlangung der Unabhängigkeit hätte sich normalerweise in perfekter Harmonie mit den grundlegenden, in der Charta der internationalen Organisation festgelegten Zielen realisieren lassen müssen, insbesondere im Bereich der Friedenserhaltung und der Weltsicherheit. [...] Unsere Position ist klar und deutlich: Die aktuelle Unabhängigkeit entspricht keineswegs den Zielen, die von der UPC seit ihrer Entstehung verfolgt werden. Ab dem kommenden 1. Januar wird Kamerun die nominelle Unabhängigkeit genießen. Weit entfernt davon, ein unerlässliches Instrument für die volle Entfaltung des Volkes zu sein, wird sie im Gegenteil das Halseisen sein, mittels dessen die Agenten des Kolonialismus und des Imperialismus es weiterhin im eigenen Land gefangen halten werden. Dieses Volk wird weiterhin in einem Land, das vor beträchtlichen ökonomischen Ressourcen überquillt, nackt herumlaufen und den Hungerstod sterben. Der Analphabetismus wird fortbestehen. Nun, da die Unabhängigkeit erreicht ist, versteht die UPC es, sich sogleich der gigantischen Aufgabe anzunehmen, den Lebensstandards der Bevölkerung, ihrerseits Architekten der Unabhängigkeit, anzuheben.«

126 Zwischen Moumié und Fanon soll es 1960 ein Treffen gegeben hat (Cherki 2002 p. 190).

total« (*La Voix du Kamerun*, XII 1960 – I 1961, ADSS Bte 31).<sup>127</sup> Dabei warnte die UPC immer wieder vor einer neokolonialen Kontinuität der politischen Strukturen und Machtmuster.<sup>128</sup> Im Verlauf des Jahres 1959 verhängte Ahidjo, aufgrund der Intensivierung der Gewalt, den Ausnahmezustand, und er wurde mit entsprechenden Notstandsgesetzen (*pleins pouvoirs*) ausgestattet (Takougang and Krieger, 2000, p. 39). Der Unabhängigkeitsprozess fand also während eines Ausnahmezustandes statt: »Cameroon had become independent to the sound of rebel gunfire in the country's main cities and towns« (Krieger, 2010, p. 1). Trotz oder gerade wegen der Schwierigkeiten im Transitionsprozess wurden international große Hoffnungen auf die kommende Unabhängigkeit gesetzt; in ökonomischer Hinsicht wurde entsicherheitlicht, um damit Stabilität auszudrücken. Ahidjo verknüpfte die Hoffnung auf eine unabhängige Zukunft mit den anstehenden Aufgaben:

»Since the decision of the United Nations to end Trusteeship we have repeated constantly [...] that independence has fostered weighty hopes, but that these hopes cannot be realized except in the measure that we work hard to give them real content [...] We must increasingly disabuse their victims; but we must also work without relaxation to save our country from the bitterness born of an independence which changes nothing, which leaves unused the enormous potential of human energy which this magic word evoked« (LeVine, 1964, p. 215).

Insgesamt lässt sich an der Darstellung der Gewaltereignisse erkennen, dass die in Aussicht gestellte Unabhängigkeit keineswegs eine befriedende Wirkung erzielte – obwohl damit eine der grundlegenden Forderungen der UPC erfüllt wurde. Denn die Partei leitete viele ihrer Prognosen für den postkolonialen Staat aus den erlebten Repressionen während der Treuhandzeit ab; mittels Sicherheitssprechakten leistete sie eine entsprechende Vorausschau auf die zukünftigen Strukturen.

127 Übersetzung: »Ein Klima der Spannung und der Melancholie: Die Führer der UPC und alle Patrioten wussten, dass die Unabhängigkeitserklärung eine einfache Farce darstellen würde. Deshalb haben sie einen vollständigen Boykott verfügt.«

128 So z.B.: »Une chose demeure certaine: c'est le caractère réellement national de la guerre qui s'intensifie au Kamerun. Les autorités nous dit Reuter dans une dépêche de 1er janvier, reconnaissent que les attaques sont soigneusement préparées. La situation est si grave, ajoute la même dépêche, que les planteurs français de la région du Mungo se regroupent chaque soir pour assurer leur défense dans des maisons fortifiées.« Übersetzung: »Eines bleibt sicher: Es ist der wahrhaftig nationale Charakter des Krieges, der sich in Kamerun intensiviert. Die Autoritäten, so sagte uns Reuter in einer Mitteilung vom 1. Januar, erkennen, dass die Attacken sorgfältig vorbereitet sind. Die Situation ist so schlimm, fügt dieselbe Mitteilung hinzu, dass die französischen Plantagenbesitzer in der Region von Mungo sich jeden Abend zusammenfinden, um ihre Verteidigung in verschanzten Häusern abzusichern« (*La Voix du Kamerun*, XII 1960 – I 1961, ADSS Bte 31).

### Die Wiedervereinigung mit dem britischen Teil Kameruns

Eine der drei politischen Forderungen der UPC war neben Unabhängigkeit und Amnestie die Wiedervereinigung mit dem britisch mandatierten Teil Kameruns, in dem die Partei seit 1957 ebenfalls illegalisiert war. Im britischen Teil wurde Kameruns Unabhängigkeit ab 1959 vorbereitet, aber erst im Februar 1961 durften die britischen Teilgebiete in einem Referendum über die Zugehörigkeit abstimmen. Über das Referendum und dessen Wortlaut wurde im Treuhandrat debattiert (TNA CO 936-436); es wurde eine Resolution (1352 und 1473) verabschiedet, der zufolge das Referendum nicht später als im März 1961 stattfinden sollte. Da den Gebieten des südlichen Kameruns keine stabile Staatlichkeit zugetraut wurde (Torrent, 2012, p. 26), standen nur zwei Möglichkeiten zu Auswahl: die Zugehörigkeit zu Nigeria oder zu Französisch-Kamerun – nicht aber, einen eigenen unabhängigen Staat zu gründen (TNA FO 371 154696). Die Idee der Wiedervereinigung wurde vom südkamerunischen Premierminister J. N. Foncha unterstützt, in der Hoffnung, dass ein bilingualer Staat entstehen würde (Torrent, 2012, p. 3). Der Plebiszit fand am 11.2.1961 statt (Levine and Nye, 1974, p. 137). Im Ergebnis wählte der eher muslimisch geprägte nördliche Teil Britisch-Kameruns den Beitritt zu Nigeria; der südliche Teil entschied sich dafür, dem französischen, inzwischen unabhängigen Staat beizutreten, und gehörte ab dem 1.10.1961 zu Kamerun. Im Juli 1961 fand die Fouban-Konferenz statt, bei der eine Föderation mit zwei autonomen Teilgebieten gebildet wurde (Levine and Nye, 1974, p. 136). A. Ahidjo wurde Präsident der föderalen Republik, J. N. Foncha aus dem anglophonen Teil wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Das südlich-britische Teilgebiet war bedeutend kleiner als das französisch verwaltete. Die Sprachbarrieren bei der Wiedervereinigung waren groß.<sup>129</sup> Die *Grammatik der Sicherheit* aus der französischen Treuhandzeit verfestigte sich in der Transitionszeit und in der Regierungszeit Ahidjos; dies zeigen die fortbestehenden Narrative, auf die ich nun im Detail eingehen werde.

### Das Narrativ der kamerunisch-französischen Freundschaft

Trotz Unabhängigkeit blieben Kamerun und Frankreich eng verbunden, was Deltombe folgendermaßen beschreibt: »French and Cameroonian authorities worked in tandem to enforce this vast enterprise of repression and concealment, successfully silencing even the most daring of the exiled oppositionists« (Deltombe, 2016, p. 1). Bereits bei seiner Berufung zum Premierminister drückte Ahidjo seine

129 So sollen beide Premierminister Ahidjo und Foncha die jeweils andere Sprache nur schlecht verstanden haben. Selbst im britisch verwalteten Mandatsgebiet dominierte nicht die englische Sprache, sondern andere, wie etwa Pidgin. In den frühen 1960er-Jahren soll es lediglich 1500 Englisch sprechende West-Kameruner\_innen gegeben haben; Französischkenntnisse waren überhaupt nicht verbreitet (Torrent 2012, p. 4).

Sympathie für die historische Verbindung zwischen Frankreich und Kamerun aus. Ahidjo dazu:

»In a world in which seclusion is harmful to individuals and nations, we cannot remain isolated and in these conditions, how can we conceive having any other partner than this country we know and love? How can we forget its accomplishment all these years that we have learned to understand and appreciate her, how can we ignore the cultural education that is leading us today in the course whose direction was determined by her? It is with France that Cameroon, once emancipated, wish to bind its destiny and in concert, sail freely along with her through the turbulent seas of today's world« (Takougang and Krieger, 2000, p. 38).

Diese Rede wurde im öffentlichen Diskurs immer wieder zur Begründung politischer Entscheidungen aktiviert, bspw. im Zuge der franko-kamerunischen Vereinbarungen (Takougang and Krieger, 2000, p. 38). Ahidjo versuchte zunächst, einen vermittelnden Weg zu gehen, was den Umgang mit dem Erbe der Kolonialzeit anbelangt; dies zeigt sich in seiner Rede beim 4. Kongress der Union Camerounaise (UC), die vom 4. bis 8. Juli 1962 in Ebolowa stattfand:

»At present, Cameroon economy bears the stigmas of colonialism. But the achievements of colonialism have not always been negative. We have in fact an infrastructure, an economic ground-work, which we intend to exploit skillfully (agriculture, staff, economic and administrative organisation, roads, railways, telecommunications, ports etc.). Cameroon derives benefits from the existence of important private concerns. The work to be undertaken is that of reconversion, of adaptation, and not of a systematic destruction« (Aseh, 2016, p. 52).

Mithilfe der Notstandsgesetze (*pleins pouvoirs*) war es Ahidjo 1959 möglich, die Wahlen zu verschieben, was Auswirkungen auf den verfassungsgebenden Prozess hatte: Hätten, wie ursprünglich geplant, die Wahlen im März 1960 stattgefunden, hätte ein neues, unabhängig gewähltes Parlament die neue Verfassung entworfen. Mit der Verschiebung der Wahlen hingegen wurde nun ein Gremium berufen, das hauptsächlich Ahidjos politische Richtung vertrat und damit eine französisch orientierte Verfassung unterstützte. LeVine bewertete diese Verfassung als »a curious document that combined politics and constitutionalism, French tradition and Cameroun aspirations« (LeVine, 1964, p. 224). In der Präambel wurden die Grundprinzipien dargelegt, die u.a. auf Versöhnung setzten. Ferner wurde ein Ein-Kammern-System festgelegt, wohingegen die übrige Verfassung der französischen 5. Republik ähnelte – mit einem starken Präsidenten und einer starken Exekutive neben einer schwachen Legislative (Takougang and Krieger, 2000, p. 40). Am 22.2.1960 wurde in einem landesweiten Referendum über die Verfassung abgestimmt, bei dem 60 % der Wähler\_innen für die Verfassung stimmten (Aseh, 2016, p. 6). Nach Unabhängigkeit des britischen Teils im Jahr 1961 wurde eine dezentralisierte Verfassung

ausgearbeitet, die beide Territorien Kameruns miteinander verband. Am 4.5.1960 wurde Ahidjo zum Präsidenten gewählt (ibid.). Auf ökonomischer Ebene blieb die Nähe zu Frankreich blieb erhalten: Zwischen 1946 und 1960 wendete Frankreich 358 872 526 US-Dollar an monetären Leistungen für Kamerun auf; allein im Jahr 1960 bezog Kamerun 50 000 000 US-Dollar Unterstützung von Frankreich, der Betrag wurde 1961 und 1962 erhöht (LeVine, 1964, p. 230). Weiterhin blieben französischen Expert\_innen und Verwaltungsfachpersonal in Kamerun und begleiteten den Aufbau staatlichen Strukturen: So waren im November 1961 noch 576 Verwaltungsbeamte in Kamerun abgestellt (LeVine, 1964). Außerdem wurde am 16.12.1960 in den *franko-kamerunischen Vereinbarungen* eine enge Zusammenarbeit zwischen Kamerun und Frankreich in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Tourismus und Militär beschlossen; statt auf die Freundschaft (*amitié*) der beiden Länder wurde nun auf Kooperation (*coopération*) oder Assoziierung (*association*) gesetzt. Die Vereinbarung enthielt Absprachen bezüglich stabiler Preise für Bodenschätze sowie dazu, dass Kamerun in der französischen Währungszone verbleiben würde. In vielen Ministerien, Institutionen und Universitäten, arbeiteten Französ\_innen, die vom französischen Staat finanziert wurden, in leitenden Positionen; neben den französischen Unternehmer\_innen bildeten sie die größte Gruppe der Nicht-Kameruner\_innen im Land. Auch wenn französische Wirtschaftsinvestitionen nach und nach zurückgingen, bildeten sie den größten Anteil an ausländischen Direktinvestitionen, was vor allem aufgrund der liberalen Investitionsgesetze in Kamerun möglich war (Takougang and Krieger, 2000, p. 57). Am offensichtlichsten zeigte sich der Einfluss Frankreichs bei der militärischen Präsenz. Frankreich unterstützte den Aufbau, die Ausstattung sowie die Personalentwicklung der kamerunischen Armee immens. Neun Monate nach der Unabhängigkeit waren noch immer 2000 französische Offiziere im Land. Insbesondere in dieser Zeit verstärkten sich die Gewalt und die Repressionen gegenüber der UPC im *maquis*, es kam zu gezielten Bombenangriffen, vermehrtem Einsatz von Napalm sowie systematischer Folter (Terretta, 2017). Im Februar 1960 wurde die UPC, allerdings mit starken Einschränkungen, legalisiert (Torrent, 2012, p. 36). Gleichzeitig versuchten einige UPC-Kämpfer\_innen, mittels Gewalt auf ihre Unzufriedenheit mit dem Dekolonisierungsprozess aufmerksam zu machen.<sup>130</sup> Die Unzufriedenheit in der Partei bezog sich vor allem

130 Aus einem Zeitschriftenartikel: »On the morning of the first day of independence, terrorists killed five people in the capital of Yaounde, and the foreign dignitaries who streamed in by air at Douala the day before could see the ruins of the control tower ransacked by another insurgent gang. In six months of struggle 22 whites have died – more than were killed in a similar period during the Mau Mau war in Kenya – and 500 or more Africans. Responsible for most of the slaughter are the exiled leaders of a dissident political party banned in 1955, who are working to undermine 35-year-old Premier Ahmadou Ahidjo's fledgling government. The party is led by Dr. Felix-Roland Moumie, who has been issuing Czech pistols to Bamileke tribesmen. Just back from Moscow, Moumie operates from his refuge in nearby really independent Guinea. His fol-

auf den ausgerufenen Ausnahmezustand, der auch im postkolonialen Staat nicht beendet wurde, und die anhaltenden militärischen Repressionen gegen die UPC. Später protestierte die UPC mit ihren Aktionen gegen die *franko-kamerunischen Vereinbarungen*, die sie als verlängerten Kolonialismus in Vertragsform bezeichneten. Die UPC kritisierte, dass dieses Abkommen Frankreich großen Einfluss auf innere politische Angelegenheiten und Teilhabe an den Ressourcen und Bodenschätzen Kameruns, im Tausch gegen militärische Unterstützung, zusicherte (Osof and Le Roy, 2008). Faktisch wurde der Krieg gegen die UPC noch bis zur Tötung Ouandiès 1971 weitergeführt. Die Zahlen der Opfer variieren je nach Quelle, Mehler verweist auf Yves Person, der für die Zeit zwischen 1960 und 1963 allein eine Opferzahl von 30.000 bis 150.000 Personen angibt (Mehler, 1993, p. 41). Häufig zitiert wird allerdings auch in diesem Zusammenhang die Schilderung von Max Bardet, einem damaligen französischen Helikopterpiloten, über den Kampf der französischen Armee gegen die UPC: »They massacred between 300.000 – 400.000 persons. A true genocide. They practically annihilated the race. (It was) spears against automatic weapons. The Bamileke didn't have a chance [...] Their villages were razed, a bit like Attila« (Ayim, 2010, p. 221; Krieger, 2010, p. 110).

#### Das Narrativ der nationalen Einheit

Anhand der kontinuierlich erscheinenden *La Presse du Cameroun* (später umbenannt in *Cameroon Tribune*) lässt sich ablesen, dass die neue postkoloniale Regierung das Feindbild UPC übernahm – auch wenn Ahidjo selbst zunächst versöhnlich gegenüber der UPC auftrat (Takougang and Krieger, 2000, p. 39).<sup>131</sup> Das Jahr 1961 war stark geprägt von: »raid anti-terroriste«, »arrestations« und »offensive anti-upéciste« (*La Presse du Cameroun* 28.11.1961). Zudem war Felix-Roland Moumié im November 1960 im Schweizer Exil vergiftet worden (Brief von J. Pynor an Roger Baldwin, NYPL MssCol 1518). Anknüpfend an die von der UPC weiterhin ausgehende Gewalt wurde erneut ein Bedrohungsszenario konstruiert und am 14.11.1961 wurde in einzelnen Gebieten wieder der Ausnahmezustand verhängt. Artikel der *Presse du Cameroun* brachten Diaspora-Kameruner\_innen mit terroristischen und kommunistischen Aktivitäten in Verbindung und stellten sie als gefährlich dar.<sup>132</sup> Zugleich sollte das Bild der friedlichen Dekolonisierung, trotz Gewalt und einer

---

lowers hide in the hills or attack from across the border in the neighboring British Cameroons« (Time 1960).

131 Bspw. widerrief er das Verbotsgesetz vom 13.7.1955 in der Hoffnung, dass sich die UPC in der Frage über eine etwaige Kollaboration mit der postkolonialen Regierung weiter zerfasern würde (Bayart ([1979]1985); Takougang and Krieger, 2000, p. 39)

132 Hierzu: »Les upécistes ›exilés‹ sont au service du communisme international« (*La Presse du Cameroun*, 22.8.1962). Übersetzung: »Die Exil-Upécisten stehen im Dienst des internationalen Kommunismus.« Eine andere Titelgeschichte: »Le Terrorisme vu par des Camerounais Exilés: ›nous sommes décidés à poursuivre la lutte armée pendant 10 ans ...‹« (*La Presse du Cameroun*



Staatsgründung im Ausnahmezustand, nicht gestört werden. In der Literatur wird häufig von einem *verschwiegenen* Krieg gesprochen (Deltombe, 2016; Deltombe et al., 2010; Osouf and Le Roy, 2008), der die Idee der *Françafrique* begründete (Deltombe et al., 2016). Terretta (2017) spricht von einem »unfinished business« zwischen Kamerun und Frankreich.

Die gesellschaftlichen Probleme verstärkten sich durch die Herausforderungen, die mit der Integration des anglophonen Teils in den bereits bestehenden frankophonen Staat einhergingen. Aufgrund der innergesellschaftlichen Spannungen betonte Präsident Ahidjo die Notwendigkeit des *Nationbuildings*; beständig bekräftigte er das Thema *Unité* (Einheit) – »without unity nothing will be achieved« (*Cameroons Champion*, 1.6.1962). So versah er seine Politik des nationalen Staatsaufbaus mit den Schlagworten nationale Einheit und regionale Balance. Damit kommunizierte er, dass er die (ethnische, regionale, religiöse und linguistische) Diversität Kameruns anerkenne und sich bemühe, einen neuen Staat in internationaler Umgebung aufzubauen (Ahidjo, *The Political Philosophy of Ahmadou Ahidjo*, zitiert in Takougang and Krieger, 2000, p. 36). Trotzdem partikuläre Meinungen und oppositionelle Ideen repressiv unterdrückt wurden, betonte Ahidjo: »There is no Ewondo, no Douala, no Bassa, no Bamileke, no Boulou, no Foulbe, but Cameroonians who see themselves everywhere as first of all being Cameroonians as long as they respected the rights of others« (Aseh, 2016, p. 56). Aus Sicht Ahidjos wurde die Einheit Kameruns bedroht, die die Sicherheit des Staats gefährdeten, wie Ahidjo bei einer Pressekonferenz am 2. Juli 1963 betonte: »Henceforth, the same degree of gravity is recognised in acts which menace the national institutions as infractions committed against the security of the state« (Aseh, 2016, p. 55). Nach dieser Pressekonferenz wurde ein Gesetz (Law No. 60 PJL-ANF) erlassen, das alle Vereinigungen und Assoziationen verbot, ein Einheitsparteiensystem installierte und einen erneuten Ausnahmezustand anordnete. Auf diese Weise wurde eine Bedrohtheit des Staates konstruiert, womit – mittels des Themas Sicherheit – massive Einschränkung von Freiheitsrechten begründet wurden.

Das Narrativ des starken Staates: Staat der Angst und Unsicherheit

Um eine Einheit Kameruns zu gewährleisten, war es laut Präsident Ahidjo notwendig, einen starken Staat zu schaffen, basierend auf europäischer und internationaler finanzieller Unterstützung. Durch seine Politik verhalf Ahidjo Kamerun tatsächlich zu einem angemessenen ökonomischen Standard und zu wirtschaftlichem Wachstum, unterdrückte aber die Opposition hermetisch; Bayart ([1979]1985) spricht deshalb von einem *Bonapartist state*. Neue Gesetze wurden

---

2.11.1961). Übersetzung: »Der Terrorismus aus Sicht der Exil-Kameruner. ›Wir sind entschlossen, den bewaffneten Kampf für 10 Jahre fortzusetzen ...‹.«

erlassen, die – begründet mit der Wahrung der nationalen Sicherheit – Staatsgefährdung (*Subversion*) unter Strafe stellten (Law No. 62/OF/18 of March 12, 1962; Takougang and Krieger, 2000, p. 43-44): Verboten wurden jegliche Äußerungen, die als kritisch gegenüber Regierung oder Partei interpretiert werden konnten.<sup>133</sup> Mit der Begründung, dass eine föderale Struktur zu kostenintensiv sei und die Einheit gefährde sowie die Konflikte zwischen Anglophonen und Frankophonen befördere, wurde am 2.6.1972 per Dekret die föderale Struktur abgeschafft und ein Einheitsstaat geschaffen (Takougang and Krieger, 2000, p. 49-50). Bereits am 1.9.1966 wurden alle Parteien aufgelöst, und die *Union Camerounaise* wurde als Einheitspartei Kameruns unter dem Titel *Union Nationale Camerounaise* gegründet (Krieger, 2010). So schuf Ahidjo einen starken Staat, der mit erheblich ausgeweiteten präsidentiellen Machtbefugnissen ausgestattet war; innenpolitische Problemlagen, wie etwa die Eingliederung der anglophonen Provinzen, waren dem untergeordnet. Im öffentlichen Narrativ galten Staat und Nation trotzdem fortwährend als von oppositionellen Meinungen und potenziellen Gewalttaten bedroht. In diesem Sinne wurde auch jegliches Gedenken an die Unabhängigkeitszeit und an die Rolle der antikolonialen Kräfte verboten, weiterhin wurden intellektuelle Oppositionelle wie Mongo Beti verfolgt und selbst im Exil in Frankreich am Publizieren gehindert (Beti, 2010); zudem wurden Wahlen verhindert, um die eigene Macht zu sichern. Periodisch wurde eine flächendeckende Unterstützung Ahidjos inszeniert, etwa in Form von Parteigeburtstagen, Militärparaden oder Besuchen internationaler Staatspräsident\_innen. Für die öffentliche Verwaltung wurde ein Patronagesystem aufgebaut, in dem Regimetreue und Loyalität honoriert wurden. So konnte zwar das tägliche Leben in Kamerun aufrechterhalten und konnten internationale Berichte über Menschenrechtsverletzungen vermieden werden, faktisch bestimmten aber repressive Sicherheitspraktiken das politische System<sup>134</sup>. Mit diesen

133 Die Art. 2 und 3 des Dekrets formulierten ökonomische Strafen oder eine Inhaftierung für ein bis fünf Jahre für die Publikation von »falschen« Statements, Gerüchten oder von Meinungsäußerungen, die sich über die öffentliche Autorität lustig machten. Dieses Dekret wurde weitflächig angewendet und hatte insbesondere Auswirkungen auf die Medienlandschaft. Sogar ausländische Zeitungen wurden daraufhin kontrolliert, ob etwaige kritische Artikel enthalten seien (Takougang and Krieger, 2000, p. 54).

134 »The gendarmerie, modelled on France's but more powerful, patrolled cities and roads to enforce possession of identity cards, tax receipts and, until 1975, laissez-passer obligatory in theory for travelling from one town to another, their brutality was notorious. [...] Everywhere the National Security (Sureté Nationale), an all-pervading and very public body far removed from the French Sureté watched over every sort of activity to see the slightest signs of dissent from the one-party state and its rules. Every newspaper's copy was submitted in advance to a government official as part of a rigid censorship, under which, in addition, foreign journals [...] were often seized, because of an article, a news item, or even a reader's letter offensive to the regime. And then there was the highly sinister SEDUC (Service de Documentation) and BMM

repressiven Maßnahmen sorgte Präsident Ahidjo für Stabilität in ökonomischer<sup>135</sup> wie außenpolitischer Hinsicht (Pigeaud, 2011 p. 24), was Kamerun international zu einem der stabilsten Länder Zentralafrikas machte. Aufgrund der steigenden Korruption sowie der ökonomischen Disparität zwischen der Bevölkerung und einer kleinen privilegierten Gruppe von Unternehmer\_innen und Politiker\_innen kam es 1977 zu Streiks in Douala (Takougang and Krieger, 2000, p. 58), die jedoch wenig Einfluss hatten. Bis zu seiner Verhaftung im August 1970 gelang es Ernest Ouandié, dem letzten überlebenden UPC-Vertreter, einzelne gewalttätige Aktionen in den südwestlichen Provinzen auszuführen (ebd.). In Bezug auf die anglophone Frage manifestierte der Staat die Dominanz des frankophonen Teils über die anglophonen Provinzen, wodurch es zu keinem vollständigen Bruch kolonialer Beziehungen kam (Bayart, ([1979]1985)).

### 6.4.3 Die frühe Regierungszeit von Präsident Biya (1982 – 1990)

Am 4.11.1982 trat Ahidjo überraschend zurück und setzte den vorherigen Premierminister Paul Biya als Nachfolger ein. Wie Ahidjo kam also auch Biya an die Präsidentschaft, ohne das Mandat der kamerunischen Bevölkerung durch eine Wahl gewonnen zu haben. Biya rief zu Beginn seiner Präsidentschaft einen *New Deal* aus und versprach, das ökonomische System zu liberalisieren und das Vertrauen der Kameruner\_innen in das politische System zu stärken. Dabei versuchte er, in einem Kompromiss zwischen alten Eliten und nötigen Reformen seine Macht zu konsolidieren. Die *Grammatik der Sicherheit* war indessen geprägt von den Narrativen der Treuhandzeit, wie ich nachfolgend zeigen möchte.

#### Narrativ des starken Staates

Der Schlüsselmoment während der Amtszeit Biyas war der Putschversuch der alten Eliten im April 1984 (Mehler, 1993 p. 47). Bereits im August 1983 berichtete Biya von einem Umsturzversuch, der die Sicherheit des Staates gefährden könne; er implizierte, dass Altpäsident Ahidjo und zwei militärische Vertrauten dafür verantwortlich gewesen seien (Pigeaud, 2011 p. 35). Daraufhin wurden große Veränderungen im Kabinett und in der Bürokratie vorgenommen, weiterhin wurde das Militär unter das Kommando von General Pierre Semengue gestellt (Takougang and Krieger, 2000, p. 71). Anschließend kam es zu einem offenen Machtsstreit zwischen Biya und Ahidjo, woraufhin sich Ahidjo – nach Schlichtungsversuchen vonseiten französischer sowie westafrikanischer Politiker\_innen – schließlich zurückzog. Trotz der

---

(Brigades Mixtes Mobiles), the secret police, the torturers with their dreaded cells in Douala (the camp Mbopi), Yaounde and elsewhere» (West Africa, October 3-9, 1983, p. 2273).

<sup>135</sup> Beispielsweise stieg das Bruttosozialprodukt in dieser Zeit, und die kamerunische Ökonomie wurde als eine der kreditwürdigsten in Afrika anerkannt (Takougang and Krieger, p. 56).

erfolgreichen Machtdemonstration Biyas kam es im April 1984 zu einem Putschversuch seitens des Militärs, der Ahidjo und den Militäreliten aus dem Norden des Landes zugerechnet wurde. Infolge der zweitägigen Kämpfe gab es viele Tote und Inhaftierungen.<sup>136</sup> Der Coup war für Biya der Anlass, den Staat umzubauen. Offiziell lag der Fokus auf der ökonomischen Entwicklung des Landes lag, die er mit seiner Liberalisierungspolitik und *Structural-Adjustment-Programmen* vorantreiben wollte. Insbesondere das Ölvorkommen Kameruns sorgte zunächst für ein ausgeglichenes Staatsbudget – auch wenn sich im Zuge der Ölkrise zeigte, dass die Gewinne nicht nachhaltig genutzt wurden. Problematisch war vor allem die massive Aufblähung der Bürokratie. Die *Opération Antilope*, die darauf angelegt war, den aufgeblähten öffentlichen Sektor zu verkleinern, offenbarte, dass im Jahr 1986 20 000 passive Beamte von der Regierung bezahlt wurden (Takougang and Krieger, 2000, p. 98). Im Zuge von IWF-Programmen wurden die Bezüge aller Beamten halbiert (Pigeaud, 2011 p. 43), weiterhin wurde der zentralafrikanische CFA-Franc abgewertet. Am Ende des Jahres 1986 kam es zu einer massiven wirtschaftlichen Krise.

#### Narrativ der Demokratie

Bereits vor dem Coup setzte Biya diskursiv stark auf eine liberale und demokratische Öffnung des Landes. Ein Zitat von 1985 offenbart seine Haltung, demokratische und liberale Prinzipien zu stärken, darin inbegriffen das Recht auf freie Meinungsäußerung:

»Devenir un parti démocratique c'est encourager en son sein la libre discussion; c'est susciter et entretenir le débat d'idées; c'est favoriser le choix démocratique des responsables; c'est permettre aux militants et aux militantes de désigner pour les représenter ceux de leurs camarades qui ont su mériter leur confiance, en s'illustrant par leur militantisme, leur loyauté, leur compétence, leur efficacité, leur moralité, leur abnégation et leur patriotisme" (*Cameroon Tribune* 22.3.1985).<sup>137</sup>

In der Konsequenz wurde im Jahr 1983 erstmals die Möglichkeit von Gegenkandidat\_innen für die Präsidentschaftswahlen geschaffen. Presse und Mediengesetz-

136 Regierungsquellen sprachen von folgenden Opferzahlen: 70 Menschen (einschließlich vier Zivilist\_innen) sowie sechs Militärangehörige, andere Quellen berichten von 1000 Toten und 1053 Inhaftierten (Takougang und Krieger, 2000 p. 74).

137 Dieses Zitat zierte als Teil der Headline jeder Ausgabe der *Cameroon Tribune* in den 1980er Jahren. Übersetzung: »Eine demokratische Partei zu werden, bedeutet, ihre Mitglieder zu freier Diskussion ermutigt; bedeutet, eine Debatte um Ideen auszulösen und zu führen; bedeutet, die demokratische Wahl von Führungspersonen zu fördern; bedeutet, Aktivistinnen und Aktivistinnen zu erlauben, diejenigen Kameraden zu ernennen, die ihr Vertrauen gewinnen konnten, das sich zeigt in ihrem Aktivismus, ihrer Loyalität, ihrer Kompetenz, ihrer Effizienz, ihrer Moral, ihrer Selbstlosigkeit und ihres Patriotismus.«

ze wurden liberalisiert und zuvor indizierte Bücher (u.a. von Richard Joseph oder Mongo Beti) wurden wieder zugelassen. Andererseits blieb der Handlungsspielraum eng und intransparent, denn unter Ahidjos Antisubversionsdekret von 1962 kam es weiterhin zu Verhaftungen von Journalist\_innen und Künstler\_innen, die sich kritisch über kamerunische oder französische Politiker\_innen geäußert hatten (Pigeaud, 2011 p. 9).<sup>138</sup> Auch wurden mit Verweis auf das Gesetz von 1967, das die Bildung von Vereinigungen einschränkte, insbesondere politische Parteien, wie etwa die UPC, daran gehindert, politisch aktiv zu werden. Darin zeigt sich, dass Biya zwar diskursiv auf Öffnung setzte, dass repressive Strukturen aber weitestgehend erhalten blieben. Im Zuge der Wirtschaftskrise versprach Biya eine *era of controlled democracy*, die mit *slow measured steps* begangen werden sollte. Im Februar und März 1986 fanden dann nationalweite Wahlen statt – wobei lediglich die nun in *Rassemblement démocratique du peuple camerounaise* (RDPC) umbenannte Einheitspartei, teils mit ausgetauschtem Personal, antrat (Krieger, 2010, p. 80). Die Opposition, die Biya zunächst unterstützt hatte, wurde schnell desillusioniert. Auch kamen die Bemühungen um wirtschaftspolitisches Wachstum zwischen 1987 und 1988 in der lokalen Bevölkerung nicht ausreichend an.

#### 6.4.4 Die Öffnung des politischen Systems (ab 1990)

Das Ende des Kalten Krieges und die Reformbemühungen in den kommunistischen Ländern beeinflussten die kamerunische politische Entwicklung. Im Folgenden werden die Sicherheitsnarrative für die Zeit der politischen Öffnung skizziert.

##### Das Narrativ der Einheit – Opposition als Bedrohung

Auch Präsident Biya betonte in seiner Amtszeit die Einheit der kamerunischen Nation gegenüber partikularistischen Interessen einzelner Ethnien oder Parteien. So zeigte sich das Narrativ der Einheit bspw. in seiner Rede vom 14.9.1983, die große Parallelen zu Ahidjos Rede von 1963 aufwies:

»*National unity*, for its part, is increasingly being consolidated. This unity, which is fraught with diversity and complementarity, solidarity and faith in a common destiny, transcends all forms of particularisms, especially geographical, historical, linguistic, tribal and religious, making Cameroon a modern and powerful state,

138 Beispielsweise wurden 1985 Journalisten für »schlechte Sprache« und Angriffe (violation) auf Individuen und Institutionen, die ihrem Status als Journalisten nicht angemessen gewesen seien, verurteilt. Im Jahr 1988 wurden zwei Journalisten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt für die Veröffentlichung eines Artikel über Giscard d'Estaing, dem vormaligen französischen Präsidenten. Im Januar 1987 wurde der Leiter der *Cameroon Tribune* verhaftet, weil er eine präsidentielle Verfügung ohne offizielle Autorisierung veröffentlicht hatte (Takougang und Krieger, 2000 p. 91).

where there is stability in justice, and equality of all, in respect of the duties and benefits of public services. This means that *Cameroonians are first of all Cameroonians*, before being Bamile, Ewondos, Foulbes, Bassas, Boulous, Doualas, Bakweris, Bayas, Massas or Makas. This means that Cameroonians are first of all Cameroonians, before being English-speaking or French-speaking, Christians, Muslims or animists« (Takougang and Krieger, 2000, p. 94). (Hervorhebung M.K.)

Biyas Einheitsbestrebungen enträuschten Oppositionelle, insbesondere, weil er klientelistische Strukturen förderte. Außerdem manifestierte sich in ihnen die Differenz zwischen anglophonen und frankophonen Bürger\_innen; zu Beginn der Präsidentschaft Biyas setzten die Anglophonen noch große Hoffnungen auf eine Umverteilung im Rahmen des *New Deals*, sie wurden jedoch enttäuscht: Die Dominanz frankophoner Strukturen blieb erhalten, teilweise wurde sie sogar verstärkt. Infolge der Unzufriedenheit kam es zu massiven Demonstrationen. Weiter befeuert wurde sie durch die Verhaftung des Anwaltes Yondo Black aus Douala Anfang 1990; der Vorwurf lautete auf: »holding clandestine meetings, insulting the Head of State and for inciting revolt« (*Cameroon Tribune* 16.3.1990). Bei einer Demonstration am 26.5.1990 in Bamenda kam es zu einer gewalttätigen Konfrontation zwischen Staat und Opposition. Nach der Mobilisierung von John Fru Ndi, der kurz zuvor die *Social Democratic Front* (SDF) gegründet hatte, kamen 20 000 Personen für eine Gründungszeremonie zusammen. Während der Demonstrationen drückten die Demonstrant\_innen Forderungen nach einem demokratischen Multiparteiensystem aus, die auch von katholischen Bischöfen unterstützt wurden. Als Reaktion darauf organisierte die Regierung Unterstützermärsche für den Präsidenten, die Partei und das Vaterland, deren zahlenmäßige Beteiligung laut der *Cameroon Tribune* »historisch« war (*Cameroon Tribune* 8.1.1990). Von Regierungsseite wurden die oppositionellen Demonstrationen als illegal bezeichnet: Sie würden von Querulant\_innen und aufständischen Student\_innen organisiert und die nationale Einheit gefährden (*Cameroon Tribune* 28.5.1990).<sup>139</sup> Während es bei der Konfrontation mit Sicherheitskräften zu Todesfällen und Verletzten kam, wurde stets öffentlich betont, dass von den Ordnungskräften der Regierung keine Gewalt ausgehe: »Manifestations illégales et provocations à Bamenda et à l'Université de Yaoundé Les Faits. Aucune brutalité de la part des forces de l'ordre. Piétinées par les manifes-

139 Dazu: »L'unité nationale si chèrement acquise ne doit en aucun cas être compromise par les tenants d'idées importées dont certains pays africains, voisins ou lointains, commencent à subir les conséquences néfastes« (*Cameroon Tribune*, 28.5.1990). Übersetzung: »Die hart erkämpfte nationale Einheit sollte in keiner Weise beeinträchtigt werden durch die Befürworter importierter Ideen, deren gewisse afrikanische Länder, benachbarte oder entfernte, bereits unter den negativen Folgen leiden.«

tants six personnes sont mortes à Bamenda» (*Cameroon Tribune* 28.5.1990).<sup>140</sup> Bereits tags darauf wurde vermeldet, dass die staatliche Kontrolle wiederhergestellt sei: »L'Ordre et la paix seront maintenus«<sup>141</sup> (*Cameroon Tribune* 29.5.1990). Darauf folgend wurden die *Ereignisse vom 26. Mai 1990* medial als Gewalt einiger Weniger, die sich gegen einen demokratisch legitimierten Staat richte und deshalb von einem Großteil der Kameruner\_innen abgelehnt würde, dargestellt (*Cameroon Tribune* 31.5.1990).<sup>142</sup> Studentische Proteste wurden gleichgesetzt mit oppositioneller Gefährlichkeit, die das staatliche System bedrohe. Die Opposition wurde allein in die Verantwortung genommen für Gewalt und Unordnung. Das Eingreifen militärischer Sicherheitskräfte war aus Sicht der Regierung notwendig, um die Situation zu befrieden und die politische Ordnung wiederherzustellen. Das ökonomische Wachstum wurde zu Beginn der 1990er Jahre durch die sogenannten *Villes mortes* (Geisterstädte) bedroht. Diese Protestform nahm ihren Anfang, als im Jahr 1986 Mboua Massock zu einem Streik der Taxifahrer\_innen aufrief (*Cameroon Tribune* 20.12.1991). Der anschließende Protest der oppositionellen Kräfte boykottierte alle ökonomischen Aktivitäten, brachte während neun Monaten das öffentliche Leben in den urbanen Zentren immer wieder mit Generalstreiks zum Erliegen und führte zu enormen ökonomischen Schwierigkeiten. Ziel war es, Präsident Biya zur politischen und demokratischen Öffnung zu bewegen. Zunächst unpolitisch, ungerichtet, frustriert, wurden die Proteste von Beginn an von staatlicher Seite politisiert und unter dem Etikett Opposition als illegal gewertet, da die *Villes mortes* die staatliche Ordnung aufgrund der wirtschaftschädigenden Ausrichtung enorm bedrohen würden (*Cameroon Tribune* 20.12.1991). In den Zeitungen wurde auf einzelne Gewaltereignisse im Kontext der Proteste eingegangen, während sie jedoch beständig mit Worten wie »paix et dialogue toujours« (*Cameron Tribune* 5.7.1991), »unité« (*Cameron Tribune* 1.8.1991) oder Demokratie und Ordnung eingehegt wurden. Auf diese Weise wurde öffentlich signalisiert, dass die Situation unter Kontrolle (*Cameroon Tribune* 29.5.1991) und auf dem Wege der Besserung sei: »L'ordre regnera la démocratie avancera« (*Cameroon Tribune* 28.6.1991).

140 Übersetzung: »Provokationen und illegale Demonstrationen in Bamenda und an der Yaounde-Universität. Die Tatsachen. Keine Brutalität der Sicherheitskräfte. 6 Personen starben, die von den Demonstranten totgetreten wurden.«

141 Übersetzung: »Ordnung und Frieden sind wiederhergestellt.«

142 Bspw.: »Les Camerounais désapprouvent. Les Camerounais continuent d'exprimer leur indignation après les malheureux événements du 26 mai dernier et leur ferme soutien au chef de l'état et à sa politique de renouveau national. A Douala Buéa comme à Bertoua, le ton est le meme: dénonciation de l'aventure et resserrement des rangs dans l'unité et la concorde« (*Cameroon Tribune*, 31.5.1990). Übersetzung: »Die Kameruner sind nicht einverstanden. Die Kameruner drücken ihre Empörung über die unglücklichen Ereignisse vom 26. Mai sowie ihre starke Unterstützung für den Präsidenten und seine Politik der nationalen Erneuerung aus. In Douala, Buea wie in Bertoua ist der Ton derselbe: Beendigung der Abenteuer und die Schließung der Reihen in Einheit und Eintracht.«



Unter dem Druck der öffentlichen Demonstrationen konnte Präsident Biya eine Verfassungsänderung abgerungen werden.<sup>143</sup> Am 11. Oktober 1992 wurden die kamerunischen Wähler\_innen zu den Urnen gerufen, um einen neuen Präsidenten und erstmals in der Geschichte des Landes zwischen mehreren Parteien zu wählen. Nach der Wahl wurde um das amtliche Wahlergebnis gerungen. Internationale Beobachter\_innen reklamierten Unregelmäßigkeiten während der Wahlen, sodass die Verkündigung des Ergebnisses vertagt werden musste, um dem nachzugehen. Biya wurde dennoch am 23.10.1992 zum Wahlgewinner ernannt und am 10.11.1992 zum Präsidenten wiedergewählt. Die Opposition reklamierte, dass die Wahlen manipuliert worden seien und organisierte Demonstrationen in den englischen Provinzen sowie der Hafenstadt Douala. Daraufhin wurde dort der Ausnahmezustand ausgerufen (*Cameroon Tribune* 7.12.1992) und Oppositionsführer Fru Ndi unter Hausarrest gestellt (Krieger, 2010). Legitimiert wurde der Ausnahmezustand damit, dass dieser dem Schutz diene: »The State of emergency is above all, to protect« (*Cameroon Tribune* 18.12.1992). Aufgrund der prekären Sicherheitssituation forderten die oppositionellen Kräfte eine Intervention der internationalen Gemeinschaft (*Le Messenger* 26.10.1992).<sup>144</sup> Nach diesen unruhigen Tagen kam – zumindest medial – »the calm after storm« (*Cameroon Tribune* 18.12.1992). Von der regierungskritischen Presse wurden die Ereignisse hingegen weniger beruhigend beschrieben, sondern beschreibt die Atmosphäre vielmehr folgendermaßen: »Le lion règle ses comptes. Etat d'urgence proclamé dans le Nord-Ouest, Allogènes séquestrés dans le Centre et le Sud, hélicoptères à l'assaut de manifestants dans le Littoral, opposants sauvagement molestés, intimidations et arrestations des leaders et militants« (*Le Messenger*

143 In den Aufrufen der Opposition wurde ebenfalls das Thema Einheit gestärkt: »After a quarter of a century of the Ahidjo era, characterized on the political front by a drift towards monarchy and on the economic front by a state of perpetual take-off which never gained altitude, the Cameroonians – all the Cameroonians – took it for granted that the man of rigour, of order, the new master of Cameroon's destiny, would turn this painful page in our country's history once and for all, and make possible the progress we have waited for so long« (Takougang and Krieger, 2000, p. 253)

144 Wortlaut: »Foreign observers call for UN intervention – Troops storm Fru Ndis house« (*Le Messenger* 26.10.1992). Aus einem anderen Artikel: »Letter written just before the proclamation of results by the Supreme Court stated in part: ›we are deeply concerned about the deteriorating political situation in Cameroon. With the official results about to be announced by the government, the level of suspicion and mistrust regarding the legitimacy of the results is extremely high. Indeed our international mission found serious grounds for concern in the conduct of election« (*Le Messenger* 26.10.1992).

2.1.1992).<sup>145</sup> Trotz weit verbreiteter Unzufriedenheit aufseiten der Oppositionellen festigte sich nach diesen Ereignissen Biyas Status als Präsident<sup>146</sup>.

#### Das Narrativ der franko - kamerunischen Freundschaft

Durch die Neukonfiguration der französischen Afrikapolitik kam es ab 1990 auch zu einem Wandel in den franko-kamerunischen Beziehungen, der vor allem ökonomische Auswirkungen auf Kamerun hatte. Der CFA wurde abgewertet. Französische und afrikanische Politiker\_innen waren nun weniger stark persönlich miteinander verbunden als im frühen postkolonialen Staat. In Regierungserklärungen und in der Presse wurde jedoch nach wie vor die Nähe zwischen beiden Ländern betont. Statt des Wortes Freundschaft (*amitié*), wie in der Mandatszeit, wurde nun das Wort Kooperation (*Coopération*) (*Cameroon Tribune* 1.3.1991) benutzt. Oppositionelle übten Kritik am Verhältnis zwischen Kamerun und Frankreich; in oppositionellen Zeitungsartikeln wurden stärker kritische Perspektiven auf Frankreich formuliert, häufiger wird nun das Wort *colonial* genutzt, um auf die Vergangenheit Bezug zu nehmen und die aktuelle Abhängigkeit zu beschreiben.

#### Das Narrativ der Sicherheit des Staates

Die Sicherheit des Staates wurde beständig als bedroht inszeniert. So wurden die Demonstrationen, die als *Événements du 26 Mai*<sup>147</sup> bezeichnet wurden, als illegitime Gewaltereignisse konstruiert (*Cameroon Tribune* 31.5.1990). Um die Unruhen zu pazifizieren, wurde der Ausnahmezustand ausgerufen (*Cameroon Tribune* 26.12.1990).<sup>148</sup> Bei den Protesten in Bamenda zeigte sich deutlich, dass die oppositionellen Forderungen als nicht legitim eingeordnet wurden: »Non aux actions illégales oui au président Paul Biya« (*Cameroon Tribune*, 30.5.1990). Politische Proteste wurden delegitimiert und als staats- und regierungsfeindlich deklariert; das

145 Übersetzung: »Der Löwe rechnet ab. Notstand im Nordwesten ausgerufen, Allogene (Fremde) im Zentrum und im Süden, Helikopter greifen Demonstranten in der Küstenregion an, Opposition brutal belästigt, Einschüchterungen und Verhaftungen der Führer und Militanten.« Das Wort Löwe wird häufig metaphorisch für Kamerun, Regierungschef oder im staatlichen Dienst stehende Personen verwendet, so wird bspw. die Fußballnationalmannschaft »Les Lions indomptables« (die unbezwingbaren Löwen) genannt.

146 Für eine ausführliche Analyse der Demokratisierungsbewegungen in Biyas Amtszeit kann ich auf Mehler (1993) verweisen.

147 Bspw.: »Manifestations illégales du 26 Mai 1990 – Les Camerounais désapprouvent. Les Camerounais continuent d'exprimer leur indignation après les malheureux événements du 26 mai dernier et leur ferme soutien au chef de l'état et à sa politique de renouveau national. A Douala Buéa comme à Bertoua, le ton est le même: dénonciation de l'aventure et resserrement des rangs dans l'unité et la concorde« (*Cameroon Tribune* 31. 5.1990).

148 Wortlaut: »Loi sur l'état d'urgence – A quoi tient le changement.« Übersetzung: »Gesetz zum Ausnahmezustand – Was bedeutet die Veränderung.«

Handeln des Präsidenten Biya hingegen wurde stets mit der Unfehlbarkeit staatlicher Kontrolle und einer demokratischen Grundausrichtung verknüpft: »Biya – Le démocrate, le libéral, l’humaniste« (*Cameroon Tribune* 1.6.1990). Zum Jahrestag des Putsches 1983 wurde die Leistung des Präsidenten medial als in allen politischen Bereichen außerordentlich herausgestellt (*Cameroon Tribune* 6.1.1990). Im Zuge der Krise wandelte sich die öffentliche Kommunikation der Regierungselite über die Unabhängigkeitszeit Kameruns und über den ehemaligen Präsidenten Ahidjo. So wurden die seit 1955 bzw. 1984 zensierten Personen, wie Um Nyobé und Ahidjo, im Dezember 1991 öffentlich rehabilitiert (*Cameroon Tribune* 5.12.1991).<sup>149</sup> In den Artikeln über die politischen Rehabilitationen wurden die UPC-Kämpfer\_innen als Märtyrer\_innen im Kampf für die Nation beschrieben; jegliche Zusammenhänge und Kontexte der Todesfälle, ebenso das Thema Zensur, von dem manche UPC-Mitglieder in der postkolonialen Periode betroffen waren, wurden jedoch verschwiegen.

#### 6.4.5 Eine postkoloniale *Grammatik der Sicherheit*?

In der kontextualisierten Analyse des Zeitungskorpus zeigt sich, dass viele Narrative aus der Treuhandzeit in den postkolonialen Staat übertragen und als Regierungslogik gepflegt wurden. Zugleich sind dabei strategisch Themen ausgelassen oder integriert worden, um auf dem zuvor konstruierten Resonanzboden aufzubauen. So wurde das Narrativ der *Einheit* (*unité*) in der UN-Treuhandzeit von der UPC besetzt, während die französische Verwaltung eher die Partikularinteressen der einzelnen ethnischen Gruppierungen stärkte. Während der Ahidjo-Präsidentschaft hingegen wurde das Thema der Einheit zum dominanten Diskurs der Machtsicherung. Zudem wurde die Wiedervereinigung der beiden getrennt verwalteten Territorien Kameruns – eine der zentralen politischen Forderungen der UPC – im postkolonialen Staat genutzt, um die Interessen der anglophonen Minderheit gerade nicht zu integrieren. Die Nähe zwischen

149 Mit folgender Begründung: »La présente loi porte réhabilitation de grandes figures de l’histoire du Cameroun, aujourd’hui disparues, qui ont ouvert pour la naissance de sentiment national, l’indépendance ou la construction du pays, le rayonnement de son histoire ou de sa culture. [...] [A] pour effet de dissiper tout préjugé négatif qui entourait toute référence à ces personnes notamment en ce qui concerne leurs noms biographies effigies, portraits, la dénomination des rues, monuments ou édifices publics. Le transfert des restes mortels au Cameroun« (*Cameroon Tribune* 19.12.1991). Übersetzung: »Dieses Gesetz veranlasst die Rehabilitation der wichtigsten Persönlichkeiten in der Geschichte Kameruns, die für die Entstehung des Nationalgefühls, die Unabhängigkeit oder den Aufbau der Nation, das Strahlen ihrer Geschichte oder Kultur ihr Leben gegeben haben. [...] [Es] hat den Effekt, jedes negative Vorurteil auszuräumen, dass jede Bezugnahme auf den Menschen, insbesondere hinsichtlich ihrer Biografien, Portraits, der Benennung von Straßen, Sehenswürdigkeiten und öffentlichen Gebäuden umgibt. Die Übertragung der sterblichen Überreste nach Kamerun.«

Frankreich und Kamerun wurde nun nicht mehr als Freundschaft (*amitié*), wie in der Mandatszeit, sondern als Kooperation (*Coopération*) bezeichnet. Das Narrativ des starken Staates inszenierte diesen fortwährend als bedroht, was Schutzmaßnahmen nötig machte. Wie in der Treuhandzeit auch, wurden dafür repressive Sicherheitspraktiken eingesetzt; sie umfassten die Einschränkung der Presse- und Kommunikationsfreiheit und versperrten den Zugang zu Ressourcen der Informationsgewinnung, die Ausrufung des Ausnahmezustandes, die Unterdrückung von Demonstrationsgrundrechten sowie Wahlunregelmäßigkeiten. Zu beobachten war ein Entsicherlichungsprozess im Sinne eines *Wandels durch Stabilisierung*: Der Konflikt zwischen Staat und Opposition wurde im postkolonialen Staat unter neuen Parametern gepflegt, mittels spezifischer Sicherheitsdiskurse und Reaktionsmuster. Eine langfristige Verlaufsperspektive bis in die Gegenwart, mit der sich erschließen lässt, inwiefern sich die *Grammatik der Sicherheit* im postkolonialen Staat nachhaltig verankerte, kann aufgrund meines Materialzugangs nur skizziert werden<sup>150</sup>. Trotz der Einschränkung möchte ich herausstellen, dass sich mit der Perspektive auf *Versicherlichungen* eine ganz eigene Zeitlichkeit entwerfen und so der historische Resonanzboden für aktuelle Konfliktlagen in den Blick nehmen lässt.

Abschließend möchte ich im folgenden Kapitel 7 meine Arbeit und zentrale Erkenntnisse zusammenfassen und einen Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven geben.

---

150 Für eine Analyse der Legitimität des politischen Systems heute, kann ich auf Natalie Letsa (2017) verweisen. Sie bietet eine Erklärung, warum Kameruns Politik so unterschiedlich bewertet wird. Zudem kann ich für aktuelle Perspektiven auf das jährlich erscheinende Africa Yearbook (14) (Adetula, 2018) verweisen.